

# Dein Update

Wir im Bund. Wir im Land. Wir im Kreis Bergstraße.



## Ausgabe Dezember 2022: Themen im Land Hessen

### **Hessen ist Schlusslicht bei der digitalen Infrastruktur und wird es unter dieser Landesregierung auch bleiben**

Die Weiße-Flecken-Karte des Breitbandbüros Hessen zeigt auf, wie schlecht es um Hessens Mobilfunkempfang steht. Flechtdorf in der Gemeinde Diemelsee, Frebershausen als Stadtteil von Bad Wildungen, und Knickhagen, Ortsteil von Fuldata, sind beispielsweise gänzlich abgeschottet.

Bijan Kaffenberger, digitalpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, sieht die Versäumnisse bei der schwarzgrünen Landesregierung:

„Ministerin Sinemus ist eher Beabsichtigungs- als Digitalministerin. Sie beabsichtigt viel, handelt aber nicht. Und Absicht allein schafft keine digitale Infrastruktur. Unter den Top 3 Deutschlands am schlechtesten versorgter Landkreise befinden sich zwei in Hessen.“ Basis der Erhebung sei das jüngste Mobilfunk-Monitoring der Bundesnetzagentur. „Vom Süden bis in den Norden Hessens überall ‚graue Flecken‘. Besonders schlimm ist es im Odenwald und im Werra-Meißner-Kreis. Geförderte Mobilfunkmasten hat hier noch keine Bürgerin und kein Bürger jemals gesehen. Das Förderprogramm der Ministerin ist ein zahnloser Tiger.“

„Die Ministerin selbst befindet sich in einem Teufelskreis. AI-Wazir hatte das Thema der digitalen Infrastruktur in seinen Händen und hat nur verbrannte Erde hinterlassen. Der ehemalige Ministerpräsident Bouffier hat ihr keine Kompetenzen gegeben als sie das Ministerium erhielt und Boris Rhein plant scheinbar keine Änderung der Kompetenzen – auf jeden Fall plant er nicht weiter mit Frau Sinemus. Die Hessinnen und Hessen benötigen schnellstmöglich Klarheit über ihre Mobilfunkversorgung, vor allem zeigt sich die Landesregierung blind für die digitalpolitischen Nöte und Probleme in Hessen. Unter dieser Landesregierung wird Hessen Schlusslicht bei der digitalen Infrastruktur bleiben“, so Kaffenberger.

### **Modernes Staatsangehörigkeitsrecht ist die Voraussetzung für wirtschaftliche Stärke Deutschlands**

Der Hessische Landtag hat heute auf Antrag der SPD-Fraktion darüber debattiert, wie ein modernes Einbürgerungs- und Staatsangehörigkeitsrecht aussehen muss. In der Debatte begrüßte der SPD-Fraktionsvorsitzende Günter Rudolph die Pläne der Bundesregierung,

Einbürgerungen zu erleichtern und Deutschland für ausländischen Fachkräfte attraktiver zu machen. Zugleich wies er Vorwürfe aus den Reihen der CDU zurück, die Pläne der Ampelkoalition im Bund führten dazu, dass die deutsche Staatsbürgerschaft „verramscht“ werde.

Rudolph sagte: „Deutschland ist ein Zuwanderungsland, auch wenn das nicht ins Weltbild der Konservativen und der Rechtspopulisten passt. Mindestens 400.000 zusätzliche Arbeitskräfte braucht unser Land in den nächsten Jahren, um den Arbeitsmarkt auszubalancieren. Wer will, dass die deutsche Wirtschaft auch weiter funktioniert, der muss den jahrelangen Reformstau bei den Regeln für Zuwanderung und Einbürgerung auflösen.

Wer will, dass Deutschland ökonomisch Weltspitze bleibt, dass ein Handwerker nicht erst in drei oder sechs Monaten kommt und dass er selbst eines Tages gut gepflegt wird, der muss für ein modernes Staatsbürger- und Einwanderungsrecht jetzt eintreten.

Die Zahl derer, die hier arbeiten, hier Steuern zahlen und die Sozialsysteme finanzieren würde langfristig um ein Viertel sinken, wenn wir nicht gesteuerte Zuwanderung organisieren. Kein Sozialsystem der Welt ist in der Lage, so einen Rückgang bei der Erwerbsbevölkerung abzufedern. Schon gar nicht unser Rentensystem. Deswegen ist die Zuwanderungsdebatte so dringend notwendig.

Menschen die gut integriert sind, sollen auch gute Chancen in unserem Land bekommen. Die bisherige Praxis der Kettenduldung soll beendet werden und damit oft eine jahrelange Unsicherheit für Menschen, die schon längst ein Teil von unserer Gesellschaft geworden sind. Die Zielsetzung dieses Gesetzes ist die Integration von Anfang an. Der Zugang zu Integrationskursen soll künftig nicht mehr von der Bleibeperspektive abhängen. Denn die Werte und die Sprache unseres Landes zu vermitteln, ist immer wichtig, auch wenn Menschen nur vorübergehend in Deutschland bleiben.

Aber selbstverständlich wollen wir irreguläre Migration reduzieren und reguläre Migration ermöglichen. Die für die Rückführung zuständigen Länder sind in der Verantwortung konsequent zu handeln. Die Rückführungsoffensive ist ein wichtiger Bestandteil dieses Gesetzes. Straftätern soll nach den Plänen der Bundesregierung übrigens das Aufenthaltsrecht leichter entzogen werden können, die Verwaltungsverfahren sollen vereinfacht und die Abschiebehaft für Straftäter von drei auf sechs Monate verlängert werden, damit sie nicht untertauchen können.

Die nächste Stufe in diesem Prozess ist ein modernes Einbürgerungsrecht, das Mehrstaatlichkeit toleriert, hier geborenen Kindern die deutsche Staatsbürgerschaft zuerkennt und die Einbürgerung für Angehörige der sogenannten ‚Gastarbeitergeneration‘ erleichtert – auch, um Respekt für die Lebensleistung dieser Menschen in Deutschland und für Deutschland anzuerkennen.

Ich weiß nicht, was man dagegen haben könnte – außer einem ideologischen Weltbild, wie es sich rechts von der SPD leider öfter findet, als für unser Land gut ist.“

## **Mobilität für alle ist wichtiger Bestandteil gesellschaftlicher Teilhabe**

Der Hessische Landtag hat sich heute mit der Einführung eines flächendeckenden Sozialtickets im ÖPNV für die hessischen Bürgerinnen und Bürger befasst. In Ergänzung zu dem ab dem 1. April 2023 vorgesehenen „Deutschlandticket“ fordert die LINKE-Fraktion subventionierte Tickets für den öffentlichen Nahverkehr, um einkommensschwächeren Personengruppen die Teilhabe an flächendeckender Mobilität zu ermöglichen.

Dazu sagte der stellvertretende Vorsitzende und verkehrspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Tobias Eckert, in der Plenardebatte: „Ein flächendeckendes und bezahlbares Mobilitätsangebot für alle Bürgerinnen und Bürger in Hessen ist ein elementarer Bestandteil für gesellschaftliche Teilhabe. Durch die bevorstehende Einführung des Deutschlandtickets wird hier bereits ein großer Schritt in diese Richtung unternommen. Gleichzeitig bleibt es aber eine zentrale Aufgabe, insbesondere für das Land Hessen, die Gerechtigkeitslücken, die weiterbestehen, zu schließen. Es geht darum, wirklich allen Bürgerinnen und Bürgern die Entscheidung für den ÖPNV leicht zu machen und so die Mobilitätswende in Hessen aktiv zu unterstützen.“

Wenn es der schwarzgrünen Landesregierung mit flächendeckender Mobilität in Hessen wirklich ernst wäre, könnte sie sofort damit beginnen und das Schülerticket wirklich allen Schülerinnen und Schülern zur Verfügung zu stellen – unabhängig von der Entfernung zwischen Wohnort und Schule. Dass die Ungerechtigkeit hier fortbesteht, liegt letztlich am amtierenden Verkehrsminister und daran, dass für ihn und den Rest der Landesregierung die Mobilitätswende in Hessen und die hiermit einhergehende Teilhabe keine Priorität haben.“

## **Auszüge aus der Haushaltsrede von Günther Rudolph**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in einer solchen Zeit brauchen die Menschen, braucht das Land Orientierung und Sicherheit. Es ist Aufgabe derer, die im Staat und in der Wirtschaft Verantwortung tragen – also auch von uns im Hessischen Landtag –, Orientierung und Sicherheit zu geben.

Damit meine ich, dass ein starker Staat an der Seite der Menschen steht und dass die Menschen untereinander solidarisch sind. Für das Prinzip der Solidarität und des starken, helfenden Staates stehen wir als SPD.

Auf der anderen, der falschen Seite stehen die Populisten. Dort stehen in diesen Tagen diejenigen, die aus der Krise politisches Kapital schlagen wollen: die Populisten, die immer wieder einfache Lösungen für komplizierte Sachverhalte und Probleme anbieten, die Spalter, die unser Gemeinwesen vergiften, die Zwietracht säen und Ängste schüren.

[...] CDU und GRÜNE stehen zunächst für einen sehr lockeren Umgang mit Recht und Gesetz. Ich erinnere an den Verfassungsbruch wegen des sogenannten Corona-Sondervermögens,

Ich berichte über das Urteil des Verwaltungsgerichtshofs zur Beamtenbesoldung, die rechtswidrig war. Ich rede über zwei Untersuchungsausschüsse, die zu untersuchen haben, ob in Hessen Sicherheitsbehörden Fehler begangen haben. [...]  
Bei wichtigen Themen herrscht tiefe Uneinigkeit, z. B. beim Windkraftausbau, beim Klimaschutz, bei den Ersatzfreiheitsstrafen, bei der Videoüberwachung. Ja, wo ist denn der Gesetzentwurf – vor Monaten im Innenausschuss beraten –, wann wird er denn verabschiedet?  
Wir wollen Antworten – jetzt und nicht erst in ein paar Monaten.  
Wahlalter mit 16, Erbschaftsteuer – auch da große Unterschiede zwischen CDU und GRÜNEN.

Thema der Vorratsdatenspeicherung – auch ein Thema, wo CDU und GRÜNE völlig unterschiedlicher Meinung sind. Das, was wir in den letzten Tagen erlebt haben war schon beeindruckend: dass Sie sich öffentlich über Pressemitteilungen austauschen. Also, so unterschiedlich sind schon die Darstellungen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ja, sie trennt mehr, als sie eint.

[...]

Solidarität und Unterstützung in der Krise auch auf Landesebene. – Es gibt Entlastungspakete auf der Bundesebene – drei Pakete mit rund 200 Milliarden € sie zeigen, dass die Politik in der Lage ist, auf die drängendsten Fragen Antworten zu geben. Die Bürger brauchen Orientierung und Unterstützung, und die Unternehmen haben Angst, ob sie noch weiterhin bestehen können. Vereine und Verbände, das Ehrenamt leiden.  
Deswegen ist es gut, dass es diese Entlastungen auf Bundesebene gibt. Wir, auch die Freien Demokraten, haben schon frühzeitig gefordert, dass wir in Hessen Ergänzungsprogramme zur Bundesebene auflegen. Das war ein Angebot – ich will das auch hervorheben –, das dann auch vom Ministerpräsidenten, von den Koalitionsfraktionen angenommen wurde. Wir haben uns auf ein Paket von 95 Millionen € verständigt. Das waren konstruktive, das waren gute Gespräche. Das sage ich an der Stelle; denn die Menschen wollen in diesen herausfordernden Zeiten Antworten. Wir haben sie gegeben. Wir hätten uns noch mehr vorstellen können. Aber es war ein gutes, ein richtiges Signal.  
Ein Paket von 3,5 Milliarden € Entlastung auf hessischer Ebene – hört sich ja sehr martialisch an –, ist eine tolle Leistung. Sie verkaufen auch wenig als relativ viel. Sie haben 3 Milliarden € für das Bürgschaftsprogramm.  
Dann haben Sie noch die zusätzlichen Mittel, die Sie brauchen, die Komplementärmittel für die Bundesebene. Davon ziehe ich 95 Millionen € der vier Fraktionen ab, und dann haben Sie ein Programm von rund 60 Millionen € aufgelegt. Dann bleiben noch 45 zu den 200 Millionen Das ist jetzt nicht so ganz riesig. Wir sind der Auffassung, dass wir weitere Mittel brauchen werden.

Wenn Sie sich die Zahlen der anderen Bundesländer anschauen und mit Hessen vergleichen, stellen

Sie fest, dass wir noch zulegen müssen. Wir müssen in der Krise gegensteuern. Es darf nicht erst dazu kommen, dass Arbeitsplätze verloren gehen, Firmen kaputtgehen und Steuereinnahmen wegbrechen.

[...]

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Flüchtlingszahlen sind heute höher als im Jahr 2015. Allein in diesem Jahr sind rund 80.000 Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine gekommen, 15.000 Asylsuchende aus anderen Ländern. Der Bund macht einiges. Ja, aber wir wollen ehrlich sein: Die Hauptarbeit machen nicht wir in Wiesbaden oder in Berlin. Die Hauptarbeit leisten die Städte, Gemeinden und Landkreise sowie die Ehrenamtlichen. Deswegen sage ich an der Stelle ein herzliches Dankeschön. Das ist Mitmenschlichkeit. Das ist Hilfe, wo sie dringend nötig ist. Deswegen gilt unser herzlicher Dank und Respekt denen, die das leisten. Deswegen die klare Forderung an die Landesregierung: Die Mittel, die der Bund zu Recht zu geben hat, müssen 1 : 1 an die kommunale Ebene weitergegeben werden. Es kann doch nicht sein, dass die auf Kosten hängen bleiben. Nehmen Sie sich ein Beispiel an Niedersachsen. Die geben die Mittel weiter und geben noch 300 Millionen € hinzu. Sie feilschen aber mit den Städten und Landkreisen darum, dass Sie nur einen Teil der Mittel weitergeben wollen. Sie verlangen, eine Vereinbarung mit denen dazu abzuschließen.

Das lehnt die kommunale Ebene ab. Ein Feilschen um Beträge für die Unterstützung von Flüchtlingen für diejenigen, die die Arbeit vor Ort leisten - das ist nicht nur nicht in Ordnung, sondern das gehört sich einfach nicht.

Lassen Sie uns – auch das ein Merkmal in der Krise – über Daseinsvorsorge reden. Reden wir über die Krankenhäuser, die vor riesengroßen Herausforderungen stehen. Die Länder sind zuständig für die Investitionsmittel. Da muss deutlich mehr werden. Wenn Sie sich die Meldungen aus den Krankenhäusern landesweit anschauen, ist zu erkennen, es spielt keine Rolle, ob ein SPD- oder CDU-Landrat dort die Verantwortung trägt; denn die Zahlen sind alarmierend. Deswegen, glaube ich, Sie müssen deutlich mehr machen. Sie nehmen lediglich 18 Millionen € originäre Landesmittel in die Hand. Der größte Teil ist Zweckbindung im KFA: Geld anderer Leute ausgeben, kann jeder von uns. Nur 18,4 Millionen € originäre Landesmittel zur Krankenhausfinanzierung sind nicht in Ordnung. Lassen Sie die Krankenhäuser nicht im Stich. Wenn wir über Krankenhäuser reden, kommen wir zwangsläufig zum Universitätsklinikum Gießen und Marburg, zum Rhön-Klinikum. Die Entscheidung der damaligen CDU-Alleinregierung, dieses Universitätsklinikum für 112 Millionen € zu veräußern, war eine der größten Fehlentscheidungen, die getroffen worden ist.

Wir reden über 9.600 Beschäftigte und über fast 430.000 ambulante und stationäre Behandlungen.

Wir reden über Forschung. Was in den letzten Wochen passiert ist, ist nicht nachvollziehbar. Wie geht es mit dem Rhön-Klinikum weiter? Wir wollen endlich wissen, was Sie genau verhandelt haben. Herr Rhein, wir erwarten, dass Sie hier in diesem Landtag Ross und Reiter benennen, damit die Menschen draußen wissen, was auf sie zukommt.

Wir sind auch bereit, gemeinsam mit Ihnen darüber zu diskutieren, wie wir den Einfluss der öffentlichen

Hand stärken können. Lassen Sie uns deswegen darüber reden, wie es realistisch möglich ist, dass die öffentliche Hand mehr Einfluss und mehr Kontrollmöglichkeiten bekommt, damit wir eine medizinische Versorgung auf hohem Niveau erreichen können und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht permanent Angst um ihre Arbeitsplätze – etwa durch Outsourcing – haben müssen. Daher ist das eine riesengroße Herausforderung. Sie sind in der Verantwortung, uns zu liefern.

Ein weiterer wichtiger Punkt: standhaft in der Krise, gestärkt aus der Krise, die Widerstandsfähigkeit gegen die Feinde der demokratischen Grundordnung und die Stärkung der Demokratie. Wir wollen und wir müssen die Demokratie und den Zusammenhalt in unserem Land stärken. Diskriminierung, Rassismus, Hass und Hetze dürfen in diesem Land keinen Platz haben. Wir sind eine Demokratie, aber wir sind eine wehrhafte Demokratie. Deswegen müssen alle Anstrengungen unternommen werden, damit die Demokratie auch in Zukunft in Deutschland und in Hessen aufrechterhalten werden kann.

[...]

Es geht um wirtschaftliche Transformation, gute Arbeit, starke Wirtschaft. Hessen ist ein Land, in dem es auch Industriearbeitsplätze gibt. Der Transformationsprozess schreitet voran. Der demografische Wandel, die Digitalisierung, die Dekarbonisierung sind riesengroße Herausforderungen. Wir wollen auch in Hessen weiter qualifizierte Industriearbeitsplätze. Deswegen muss man schon mehr Anstrengungen in Hessen unternehmen. Es reicht nicht, zu sagen: „Ich habe nicht die Zeit, vor Werkstore zu gehen“, sondern wir erwarten eine aktive Wirtschaftspolitik des Landes.

Wir erwarten einen konsequenten Ausbau erneuerbarer Energien – übrigens da auch das Potenzial, Arbeitsplätze wieder zu generieren.

Wir werden uns nicht verschließen können bei der Zuwanderung, wenn es um Fach- und Arbeitskräfte geht. Deswegen bin ich dankbar, dass die Ampelkoalition in Berlin dieses Thema, das jahrelang von der CDU ignoriert und behindert wurde, endlich auf den Weg gebracht hat. Ohne Zuwanderung wird die deutsche Wirtschaft nicht überlebensfähig sein. Das muss jeder von uns wissen. Wir sollten mit Populismus generell vorsichtig sein. Herr Merz meint ja, das Thema aufgreifen zu müssen. Ich will den Ministerpräsidenten zitieren. Er sagte anlässlich der Debatte im Bundestag der Funke-Mediengruppe: Man muss mit Rücksicht auf Menschen, die sich hier integriert haben, die Wurzeln geschlagen haben, die dieses Land bereichert haben, sorgsamer formulieren. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wo der Ministerpräsident recht hat, hat er recht.

Sagen Sie es Herrn Merz; vielleicht nützt es ja etwas.

[...]

Wir sind für eine vollständige Abschaffung des Schulgeldes. Wir müssen die Ausbildung stärken, die Ausbildungsberufe attraktiver machen. Wir müssen die Berufsschulstandorte im ländlichen Raum erhalten. Unterhalten Sie sich einmal mit

Handwerksmeistern. Die sagen: Das, was der Kultusminister vorlegt, geht überhaupt nicht, das schadet der Wirtschaft. Das gilt auch für Mindestgrößen. Wenn man die nach zwei Jahren nicht erreicht, wird eine Klasse zugemacht. – Was ist das für eine theoretische Politik, bar jeglicher Realität? Herr Prof. Lorz, reden Sie einmal mit den Handwerksmeistern, wie die Lage vor Ort aussieht. Insgesamt müssen wir die berufliche Bildung stärken. [...]

Es geht um das Familienland Hessen: gleiche Chancen für die Familien. Es geht um gute Arbeitsbedingungen in den Schulen. Wir brauchen endlich einen Bildungsaufbruch. Das wird mit diesem Kultusminister nicht mehr funktionieren. Er hat noch nicht einmal Zahlen, wie viele Lehrer es gibt, wie lang die krank sind.

Wir brauchen gutes Personal, das motiviert ist. Deswegen sagen wir – seit Jahren überfällig –: A 13 für Grundschullehrer ist ein wichtiger Schritt, um den Wert der Bildung im Grundschulbereich endlich zu akzeptieren.

[...]

Meine sehr verehrten Damen und Herren, fangen Sie endlich an, den Rechtsanspruch auf die Ganztagsbetreuung im Grundschulbereich anzugehen. Das ist 2026. Es fehlen in Hessen etwa 60.000 bis 70.000 Plätze im Grundschulbereich. Dafür werden 4.000 Kräfte benötigt. Fangen Sie endlich an – Sie sind für das pädagogische Leitbild verantwortlich –, und machen Sie es nicht, wie Sie es immer gemacht haben, dass Sie zwei Minuten vor zwölf etwas machen, was um zwölf Uhr begonnen werden soll. Das ist ein wichtiger Ansatz. Die Bundesebene gibt Geld. Sie sind auch in der Verantwortung. Machen Sie in dem Punkt Ihre Arbeit.

Reden wir über Kinderbetreuung und Kitas. Die Kommunen und auch die freien Träger ächzen über die Betriebskosten. 2015 lagen die Ausgaben für die Kinderbetreuung bei 2,1 Milliarden €, 2020 bei 3,1 Milliarden € – 1 Milliarde € mehr. Die Zahlen sind permanent gestiegen. Wir fordern seit Jahren, die kommunale Ebene, die die Hauptlast zu tragen hat, bei den Betriebskosten zu entlasten. Frühkindliche Bildung ist ein wichtiger Baustein für lebenslanges Lernen. Hier werden alle Voraussetzungen für lebenslanges Lernen gelegt. Deswegen muss es mehr sein. In Hessen fehlen 37.000 Kita-Plätze. In Hessen fehlen zurzeit 10.000 Erzieherinnen und Erzieher. Die Landesregierung hat jahrelang in dem Bereich nichts oder zu wenig getan. [...] Gestern wurde ein Landessozialbericht vorgelegt – Die Zahlen für Hessen sind erschreckend. Nehmen wir die letzte Zahl des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes von 2021: In Hessen ist die Armutsquote binnen eines Jahres von 17,4 auf 18,3 % gestiegen.

[...]

Deswegen: Werden Sie hier endlich mehr aktiv. Machen Sie deutlich, dass wir nicht hinnehmen, dass immer mehr Menschen in die Armutsgrenze abrutschen. Da muss gegengesteuert werden, da besteht Handlungsbedarf. Unterhalten Sie sich mit der Liga, den Kirchen, dem DGB, dem VdK. Maßnahmen im Bereich der Wohnungs-, der Arbeitsmarkt-, der Bildungs- und der Familienpolitik sind dringend notwendig, um diese Familien nachhaltig zu unterstützen. Übrigens, mit dem Bürgergeld wollen wir auch diejenigen qualifizieren oder weiterqualifizieren, die sonst in diesem Bereich abdriften. Deswegen ist der Ansatz des Bürgergeldes schon der richtige. Ich will Ihnen einmal sagen, gerade in Richtung CDU: Wenn Sie sagen: „Derjenige, der nicht arbeitet, bekommt mehr als einer, der arbeitet“, ist das schlicht

Unsinn, weil wir genau den Ansatz teilen, dass Arbeit immer noch mehr honoriert werden muss, als wenn ich nicht arbeite. Das wissen Sie ganz genau. Hier wollen Sie etwas suggerieren, was nicht so ist. Das Bürgergeld ist eine wichtige Innovation, die grundlegende Reform unseres Sozialsystems der letzten 20 Jahre. Deswegen kann es solchen Familien helfen, und das ist gut so.

Zur Mobilität: Den Verkehrsverbänden fehlen für die Jahre 2023 und 2024 zur Finanzierung ihres Etats über 400 Millionen €. Was ist die Antwort der Landesregierung? Den einen Teil sollen die Verkehrsverbände erwirtschaften, und den anderen sollen mal die kommunalen Träger machen. – Immer die anderen. – Das ist das Ergebnis von neun Jahren grüner Verkehrspolitik.

[...] den ländlichen Raum auch beim ÖPNV deutlich attraktiver zu machen.

Die Politik hat den Auftrag, zu gestalten, die notwendige Modernisierung unseres Landes voranzutreiben. Die Menschen brauchen Orientierung und Sicherheit. Dazu ist die Stillstandskoalition aus CDU und GRÜNEN nicht mehr in der Lage.

Wenn man jahrelang etwas nicht in Angriff nimmt, ist die Herausforderung umso größer. Das sehen wir auf der Berliner Ebene. Jahrelang ist in vielen Bereichen nichts passiert. Wir sind als sozialdemokratische Partei und Fraktion bereit, Verantwortung zu übernehmen. Wir wollen Hessen wieder zu einem starken und vor allem gerechten Land entwickeln, und wir nehmen den Auftrag ernst, gleichwertige Lebensverhältnisse in Hessen umzusetzen. Das ist ein Verfassungsauftrag. Wir spielen Stadt und Land nicht gegeneinander aus, wie Sie es machen: gleichwertige Lebensverhältnisse für alle 6,2 Millionen Menschen in Hessen.

Unser Hessen soll sozialer, gerechter, digitaler, wettbewerbsfähiger und klimaneutraler sein, durch und durch demokratisch gestärkt. Wir wollen, dass die Demokratie weiterhin Bestand hat.

Dafür braucht es eine andere Handschrift als die von CDU und GRÜNEN. Wir freuen uns auf die Auseinandersetzungen. Das ist das Salz in der Suppe der parlamentarischen Demokratie.

#### **Weitere Themen:**

<https://www.spd-fraktion-hessen.de/2022/12/08/neue-behoerde-kann-nur-der-erste-schritt-zur-staerkung-des-oeffentlichen-gesundheitsdienstes-sein/>

<https://www.spd-fraktion-hessen.de/2022/12/08/naechste-landesregierung-muss-hessische-vertriebenenpolitik-modernisieren-und-alte-rituale-beenden/>

<https://www.spd-fraktion-hessen.de/2022/12/08/naechste-landesregierung-muss-hessische-vertriebenenpolitik-modernisieren-und-alte-rituale-beenden/>